

Soziale Wohnutopien 68

Everything must change

Felicita Reuschling

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 159-172

zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

Wohnutopien um 1968 spiegelten in vielerlei Hinsicht Diskussionen, die eng mit einer Kritik an Kapitalismus und obrigkeitstaatlichen Systemen in Erziehung, Verwaltung und Alltagsleben verknüpft waren. Diese Auseinandersetzung wurde angetrieben von vielfältigen personellen und institutionellen Kontinuitäten der BRD mit dem Nationalsozialismus.

„Das Private ist politisch“ war deshalb nicht nur für die 1968 aufkeimende Frauenbewegung eine Kernaussage, sondern auch für eine breite Szene von Spontis und Alternativen. Von linksradikaler Szene bis Mainstream wurden autoritäre Sexualitäts- und Erziehungsmodelle, patriarchale Geschlechterverhältnisse und Beziehungsformen in Ehe und Familie in Frage gestellt und nach Alternativen dazu gesucht. Stattdessen sollten Modelle jenseits der Norm der Kleinfamilie erkämpft und vorgelebt werden, mit denen gleichberechtigte plurale Beziehungsformen und eine allgemeine gesellschaftliche Demokratisierung ermöglicht werden sollten. Im Unterschied zu den klassisch marxistischen Strömungen, die vorwiegend einen Kampf um Arbeitsverhältnisse führten, stand hier eine Kritik der autoritären Persönlichkeitsstruktur im Vordergrund, die an die psychoanalytisch fundierten Thesen der kritischen Theorie von Horkheimer, Adorno und Wilhelm Reich anknüpfte oder diese weiterentwickelte.

Die Kritik des autoritären Charakters zielte nicht nur auf Persönlichkeitsstrukturen, sondern auch auf eine strukturelle Demokratisierung von Öffentlichkeit, Verwaltung und Alltagsleben und forderte Selbstverwaltung als Organisationsprinzip für Wohnen gegen eine Planung von oben ein. Insofern bezogen sich Wohnutopien 1968 sowohl auf die Struktur der Kleinfamilie als auch auf diejenigen, die aus dem System der Förderung der ‚Keimzelle des Staats‘ ausgeschlossen wurden. Diese strukturelle Perspektive reflektierte das System des Nationalsozialismus, wo in Konzentrationslagern und Heimen unter anderem Juden, Kommunisten, Homosexuelle, ‚Behinderte‘ und sogenannte ‚asoziale‘ Menschen nicht nur überwacht und bestraft, sondern vernichtet worden waren.

Gesellschaftliche Konstellation 1968

Auffällig ist an 68 eine in den 70ern fortwirkende Verschiebung des gesellschaftlichen Mainstreams, wodurch Kritik akzeptabel und schick wurde, was sich auch in Willy Brandts Motto ‚mehr Demokratie wagen‘ in der Regierungserklärung 1969 niederschlug. Die antikommunistischen Grenzen wurden allerdings durch Radikalenerlass und Berufsverbote für Kommunisten ab 1972 deutlich demonstriert.

Mitbestimmung und Partizipation waren zentrale Werte der Bewegung. Der ‚Marsch durch die Institutionen‘ wurde einerseits von Gewerkschaften geführt, andererseits aber von der linksradikalen Szene als unrealisierbar innerhalb des Kapitalismus verworfen. Beide Positionen verdeutlichen jedoch gemeinsam eine gesellschaftliche Konstellation, in der soziale Veränderung – sei es als Reform oder Revolution – sowohl notwendig als auch möglich und wünschenswert schien.

Diese gesellschaftliche Konstellation lässt sich nicht zuletzt auch auf die Systemkonkurrenz zwischen Realsozialismus und westlichem Kapitalismus zurückführen, die bei allem Wahnsinn eines drohenden nuklearen Krieges offenbar auch Raum für gesellschaftliche Alternativen und, damit einhergehend, alternative Konzepte des Wohnens entstehen ließ.

Insofern ist der Blick zurück auf die Wohnutopien von 68 auch der Blick darauf, wie stark die linksradikale Diskussion damals Teil eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses der BRD war, deren institutionelle Wirksamkeit allerdings meist erst in den 1980er Jahren deutlich wurde: zum Beispiel als Kinderläden, Jugendwohneinrichtungen und Prinzipien für behutsame Stadterneuerung.

Im Folgenden sollen die hier kurz angerissenen Leitmotive der Zeit in Bezug auf Wohnutopien an einzelnen Beispielen konkretisiert und anschaulich gemacht werden.

Leitmotiv Mobilität: Stadtmodelle für gesellschaftliche Veränderung

Stadtmodelle wie die „Ville Spatiale“ von Yona Friedman und „New Babylon“ von Constant Nieuwenhuis sind Beispiele für Utopien von gesellschaftlicher Veränderbarkeit, die soziale Bewegung und Partizipation als zentrale Werte für Wohnen und Stadtentwicklung konzipierten und auf eine Überwindung erstarrter Ordnungen und autoritärer Systeme ausgerichtet waren.

Diese Ideenskizzen wendeten sich gegen eine funktionalistische Städteplanung, die getrennte Sektoren für Wohnen, Industrie und Konsum erschaffen wollte und dafür historisch gewachsene Strukturen der Stadt per Kahlschlagsanierung eliminierte. Im Unterschied dazu formulierten Friedman und Nieuwenhuis Netzwerke und Meta-Strukturen als Ergänzung zur historisch gewachsenen Stadt.

Leitmotive dieser Utopien sind Bewegung, Veränderung und Mobilität, die räumlich als ‚mobile Wohnstrukturen‘ artikuliert werden. Diese Raummodelle sollten sowohl *individuelle als auch gesellschaftliche* Bewegung, Veränderung, Experiment und Situation ermöglichen. New Babylon von Constant Nieuwenhuis ist ein utopisches Konzept für eine

postrevolutionäre, antikapitalistische Stadt, die zum Konzept der Situationistischen Internationale gehörte. Im Unterschied zur Perspektive funktionalistischer Stadtplanung zu Beginn des 20. Jahrhunderts steht New Babylon für räumliche Strukturen, die Aneignung und Selbstverwaltung durch die Bewohner_innen ermöglichen. „Alles sollte möglich bleiben; alles sollte die Chance haben, passieren zu können. Die Umwelt wird durch die Aktivitäten des Lebens geprägt und nicht anders herum.“ (Schrage 1998: 184) Stadt und Architektur bauen auf die Kreativität ihrer Bewohner, statt sie gemäß einem vorgefertigten Plan zu strukturieren oder zu unterbinden. Indem individuelle Mobilität ermöglicht wird, soll auch gesellschaftlich Raum für Aneignung und Selbstermächtigung entstehen.

Der sogenannte ‚Unitäre Urbanismus‘ formuliert ein bewusst utopisch unabgeschlossenes Konzept, das Prozesse und Handlung gegenüber Struktur und Planung stärkt und individuelle Entfaltung gegenüber rationeller Arbeitsteilung zum Beispiel auch bei reproduktiven Arbeiten propagiert. Unitärer Urbanismus bezeichnet die „Theorie der gesamten Anwendung der künstlerischen und technischen Mittel, die zur vollständigen Konstruktion eines Milieus in dynamischer Verbindung mit Verhaltensexperimenten zusammenwirken“ (Schrage 1998: 184). Lebensweise und Lebensumfeld sollen die Erfahrung einer revolutionären „Situation“ fördern. Für die Situationistische Internationale war das Motiv der Aufhebung der bürgerlichen ‚Trennungen‘ zentral. Die traditionellen räumlichen Trennungen der bürgerlichen Sphären in Architektur und Stadt sollen überwunden und Zuschreibungen wie zum Beispiel privat-öffentlich, Arbeit-Freizeit miteinander in Beziehung gesetzt werden. Damit klingen hier wichtige Motive für die Transformation gesellschaftlicher Subjektivität im Neoliberalismus an, die Stichwortgeber für Luc Boltanskis und Ève Chiapellos These der Künstlerkritik gewesen sein könnten. Eigenschaften wie „Autonomie, Spontaneität, Mobilität, Disponibilität, Kreativität, Plurikompetenz [...], die Fähigkeit, Netzwerke zu bilden“ (Boltanski/Chiapello 2003: 143), wurden zunehmend zu Erfolgsgarantien, die „direkt der Ideenwelt der 68er entliehen“ (ebd.) sind. „Bekanntlich kennt der unitäre Urbanismus keine Grenzen; er erhebt den Anspruch, eine totale Einheit der menschlichen Umwelt zu bilden, in der Trennungen wie Arbeit – kollektive Freizeit – Privatleben letztlich aufgelöst werden.“ (Debord 1959) Wenn auch unter Umkehrung der ursprünglichen Intentionen als Konzept einer antikapitalistischen Stadt, lassen sich hier große Ähnlichkeiten zur neoliberal entgrenzten Lebenswelt der Gegenwart konstatieren.

Wohnmodell Steilshoop – Funktionalismus und Selbstorganisation verbinden

Um 1968 war eine Kritik am Massenwohnungsbau wie dem Märkischen Viertel in Berlin vorherrschend, die sich zugleich gegen die profitorientierte und staatlich finanzierte Kahlschlagsanierung der Innenstadt, zum Beispiel in Kreuzberg, richtete. Allein der Abriss und die Umsetzung der Mieter_innen in andere Quartiere kostete mehr als eine Sanierung der leergezogenen Altbauten. Stattdessen wurden die Mieter_innen zu doppelt so hohen Mieten im ebenfalls staatlich finanzierten Neubau untergebracht, wo es weder Infrastruktur noch adäquate Verkehrsanbindung gab und stattdessen

eine funktionalistische Trennung von Wohnen und Arbeiten in radikaler Ausprägung vorlag, die um 68 von vielen politischen Initiativen skandalisiert und politisiert wurde. Gleichwohl finden sich auch Projekte wie das Wohnmodell Steilshoop, die das Beste aus Kommunalem und zugleich selbstverwaltetem Wohnungsbau herausholen wollten, wo einerseits an viele funktionalistische Prinzipien des neuen Bauens angeknüpft wurde, andererseits aber eine Demokratisierung von Planung und Betriebssystemen damit verbunden werden sollte. Im Unterschied zu den mobilen Architekturen von New Babylon, die weitgehend utopisch im Sinne eines Gedankenspiels auf Papier geblieben sind, wurde das Wohnmodell Steilshoop zum Utopos, also einem Ort, der nicht existiert, als nach zehn Jahren Erfahrung von den meisten Bewohner_innen einvernehmlich ein Scheitern des Modellprojekts konstatiert wurde.

Durch die vorab eingeplante bauliche und organisatorische Umwandlung hin zu konventionellen Grundrissen wurde im Wohnmodell Steilshoop noch in seiner Abwicklung ein wesentliches Prinzip mobiler Architekturen realisiert; flexible Grundriss-Planung ermöglichte kontinuierliche Anpassungen an veränderte Wohnbedarfe. Leider zeichnete sich jedoch bereits nach fünf Jahren eine Krise ab, weil das Modellprojekt trotz Selbstverwaltung viele strukturelle Problematiken nicht kompensieren konnte, die ganz ähnlich auch im Märkischen Viertel zutage traten.

Das Leitmotiv des kommunistischen Bauhaus-Leiters Hannes Meyer ‚Wohnungen für alle statt Luxusbedarf‘ kann auch als Prinzip für Steilshoop gelten. Historisch stand dieses Motto für gemeinwirtschaftliche und kommunale Bauprogramme für günstigen Wohnraum, die durch Förderprogramme sowie eine standardisierte und industrialisierte Herstellung ermöglicht werden sollten. Das Wohnmodell Steilshoop war ein Wohnblock innerhalb einer kommunalen Neubau-Großsiedlung am nördlichen Stadtrand von Hamburg, die insgesamt für 24.000 Menschen in 22 Blöcken durch Zuschüsse vom Bundesbauministerium realisiert werden konnte. Auch die räumliche Vermittlung von Wohnen, reproduktiver Infrastruktur und gemeinschaftlichen Einrichtungen innerhalb eines Baukörpers knüpfte direkt an Wohnutopien des sowjetischen Kommunehauses wie auch an Le Corbusiers ‚*unité d’habitation*‘ an.

Das Modell in Block 6 umfasste eine Gesamtwohnfläche von 4829 Quadratmetern, verteilt auf sechs Stockwerken inklusive Dachterrasse, wobei die Gemeinschaftsräume durch Verzicht auf Balkone und Abstellräume finanziert werden konnten. Öffentliche und gemeinschaftliche Räume für Bewohner_innen und Nahumfeld befanden sich im Eingangs- und Dachbereich.

Neue Impulse wurden im Modell Steilshoop vor allem als plurale Wohnformen und selbstverwaltete Planung und Betriebssysteme sichtbar. Dem Bezug des Blocks vorausgegangen war ein zweijähriger gemeinschaftlicher Planungsprozess des Nutzervereins ‚Urbanes Wohnen‘, durchgeführt mit 40 Familien und Wohngemeinschaften, ausgerichtet auf ca. 160 bis 200 Bewohner_innen. Der selbstverwaltete Mieterverein ‚Wohnmodell Steilshoop e. V.‘ fungierte anschließend als Hauptmieter des Blocks und traf die Entscheidung über die Zusammensetzung der Bewohnerschaft. Steilshoop wurde damit zum ersten selbstverwalteten Modellprojekt

in kommunaler Trägerschaft in Hamburg bzw. ganz Deutschland. Dem Selbstverständnis nach sollte hier bewusst eine ‚soziale Mischung‘ hergestellt und damit gemeinschaftliches Wohnen für Mieter_innen unterschiedlicher sozialer Herkunft wie Akademiker_innen, alleinerziehende Eltern, kinderreiche Familien aus Notunterkünften, Haftentlassene und behinderte Menschen verwirklicht werden.

Bisher nicht im öffentlich geförderten Wohnungsbau existierender Wohnraum wurde für Gemeinschaftswohnen und eine vielfältige Mischung von Wohnformen in insgesamt 37 Wohnungen hergestellt. Diese Mischung setzte sich zusammen aus integrierten, teilintegrierten und privaten Wohnformen, ausgelegt auf Gruppen von Einzelpersonen auf 50 Quadratmetern bis zur integrierten Wohngemeinschaft für 19 Personen beziehungsweise sechs Familien auf 480 Quadratmetern. Die Bewohnerschaft bestand bei Einzug aus 30 Prozent studentischen Wohngemeinschaften, 25 Prozent konventionellen Familien, 30 Prozent Wohngemeinschaften für Berufstätige, 5 Prozent therapeutischen Gruppen und 10 Prozent Einzelpersonen. Das Durchschnittsalter lag bei 27 Jahren und die Bewohnerschaft bestand insgesamt vorwiegend aus Student_innen. Migrant_innen wurden nicht gesondert als Gruppe benannt.

Letztlich war das Wohnmodell Steilshoop von 1973 bis 1983 ein Pionierprojekt für Erfahrungen mit selbstbestimmtem und gemeinschaftsorientiertem Wohnen im öffentlich geförderten Wohnungsbau. 1983 wurde dann der Wohnraum in traditionelle Familien-Wohneinheiten rückverwandelt. Eine umfangreiche Auswertung wurde bereits 1984 in einer Broschüre des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau angefertigt.

Dort werden als Gründe für das Scheitern des Modellprojektes verschiedene Aspekte angeführt. Es fallen große Ähnlichkeiten mit dem Märkischen Viertel ins Auge. Zu hohe Mieten bei zu schlechter Wohnlage, ein stadtferner, aber nicht ländlicher Standort durch das Wohnumfeld der Großsiedlung sowie ein extrem schlechter Verkehrsanschluss per Bus wurden als ungünstige Faktoren benannt. Problematisch wurde in der Folge die hohe Fluktuation von Mieter_innen, die zur Verschiebung und Entmischung hin zu vorwiegend kinderreichen Familien führte. Überdies wurde damit der planerische Partizipationsprozess ineffizient oder kontraproduktiv, weil viele Mieter_innen nicht Teil des Planungsprozesses gewesen waren. Aus der bewusst gewählten ‚sozialen Mischung‘ wurde deshalb wie anderswo eine Mischung derjenigen, die für einen Wegzug keine Alternativen haben.

In der Erfahrung der Bewohner_innen vor Ort wurde das Gebäude unter mehreren Gesichtspunkten als nicht gemeinschaftstauglich beschrieben. Dazu gehören die hohe Geschosshöhe ohne eigene Balkone, eine lineare Gebäudeform, die als ‚hässliche‘ Platte ohne nutzbare Grünanlagen empfunden wurde, was keine positive emotionale Bindung zum Wohnort entstehen ließ, sondern stattdessen Vandalismus hervorrief. Zudem wurde die Bauweise als hellhörig im Innenbereich empfunden; die Schallbelastung wurde zudem durch ungünstige Schallentwicklung im gemeinschaftlich genutzten Außenbereich verstärkt. Auch deshalb wurde die Balance zwischen Privatsphäre und Gemeinschaft als unausgewogen empfunden. Letztlich schienen die Rahmenbedingungen des fordistischen Massenwohnungsbaus kein akzeptables Wohnumfeld herzustellen; die Nachteile konnten durch Selbstverwaltung und Gemeinschaftsräume nicht aufgewogen werden. Das Leitmotiv Hannes Meyers ‚Massenbedarf statt

Luxusbedarf wurde verfehlt, weil stattdessen nur die kapitalistische Massenproduktion der Bauwirtschaft angekurbelt wurde, aber kein bezahlbares gutes Wohnumfeld entstehen konnte.

Kommunen

Die Lebensform der Kommune wurde in Deutschland um 1968 medial breit diskutiert und voyeuristisch ausgeschlachtet. Besondere Aufmerksamkeit gewann vor allem die Kommune1, nicht zuletzt durch öffentliche Aktionen und Fotografien, in denen meist das Fotomodel Uschi Obermeier mit nacktem Oberkörper neben dem langhaarigen Kommunenchef Rainer Langhans inszeniert wurde, was als Chiffre für freie Sexualität zugleich die Attraktivität dieser Lebensform illustrierte. (Aus der heutigen Perspektive belegt dies vielleicht eher eine erfolgreiche Selbstinszenierung als Politmacker, dessen Status sich an der gesellschaftlich anerkannten Attraktivität des Fotomodells Uschi Obermaier ablesen lässt.) Die reale Verbreitung dieses Wohnmodells, wie auch anderer selbstverwalteter kollektiver Lebensformen und Wohngemeinschaften, stand dazu in einem eklatanten Kontrast.

Im Folgenden wird hier die etwas weniger bekannte Kommune2 vorgestellt, die nach einem Jahr das Experiment des Kommunelebens wieder abbrach und die Erfahrungen 1969 als Publikation unter dem Titel *Kommune2. Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums. Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden!* aufarbeitete.

Die Kommune2, die auch in Abgrenzung zur Kommune1 als ‚Politkommune‘ oder nach dem Sozialistischen Deutschen Studentenverbund als ‚SDS-Kommune‘ bezeichnet wurde, existierte von August 1967 bis Sommer 1968. Sieben Erwachsene (vier Männer und drei Frauen) und zwei Kinder lebten in einer Siebeneinhalb-Zimmer-Altbauwohnung zur Miete in Charlottenburg in der Giesebrechtstraße 20. Die Bewohner_innen waren vorwiegend politisch aktiv im SDS und in subversiver Aktion und Aktionsrat zur Befreiung der Frau, darunter Klaus Gilgenmann, Jan-Carl Raspe, Hans-Eberhard Schultz, Eike Hemmer, und Marion Steffel-Stergar. Die beiden Kinder gingen zeitweise in einen normalen Kindergarten, der jedoch als autoritär empfunden wurde.

„Organisiert wurden vor allem:

1. Die Reproduktion der Gruppe – horizontaler Finanzausgleich, bald auch ergänzt durch Verkauf und Drucken von Broschüren
2. die gemeinsame Planung des Konsums
3. gemeinsame Führung des Haushalts – Kochen, einkaufen, Abwaschen und Aufräumen, Kassenbuch führen und kontrollieren
4. Die Beschäftigung mit den Kindern

Alle diese notwendigen und mitunter lästigen Arbeiten wurden reihum nach einem im Voraus festgelegten Plan durchgeführt.“ (Kommune 2 1971: 52)

Die aufwändige Reflexion des scheiternden Gruppenprozesses in Taschenbuchformat lässt sich wohl auch darauf zurückführen, dass die Kommune als Leitbild einer neuen Organisationsform des SDS figurierte, die nach und nach in Wohngruppenkollektive überführt werden sollte. Die Kommune kann deshalb auch als eine wichtige politische Wohnutopie der 68er

beschrieben werden, in der verschiedene Begehrlichkeiten amalgamiert und auf die Kommune als Wunsch-Ort projiziert wurden, wo der ‚Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums‘ stattfinden sollte.

„In der Faszination der Kommune vereinigten sich die existenzielle Verweigerung gegenüber frustrierenden Studien- und Berufsbedingungen mit dem Ekel an der kapitalistischen Konsumwelt, das Gefühl unsäglicher Isolierung, vor dem die bürgerliche Familie keinen Schutz mehr bot, mit der Hoffnung auf psychische Befreiung, die Erkenntnis von der Brutalität des imperialistischen Systems, das zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft über die Völker der dritten Welt den technisierten Massenmord verfügte, mit der Notwendigkeit einer Kampf-Organisation [...].“ (Kommune 2 1971: 13)

Die darin anklingende Überkomplexität der Erwartungen, die vermutlich zur Überforderung aller Beteiligten geführt haben mag, kann hier nicht in allen Richtungen nachverfolgt werden. Als wichtigstes Leitmotiv zur Revolutionierung des bürgerlichen Individuums können Theorie und Praxis der Psychoanalyse gelten, die eine Befreiung vom autoritären Charakter im Zusammenhang mit einer notwendigen Befreiung der Sexualität formulierte. Theoretischer Impuls der Zeit war in diesem Zusammenhang Wilhelm Reich, zum Beispiel auch für die berühmte Otto-Mühl-Kommune. Im Januar 68 begann die Kommune2 deshalb mit einer an der psychoanalytischen Praxis ausgerichteten Gruppenanalyse, genannt ‚Reihenanalyse‘.

„Wir wollten uns deshalb nach der Lektüre von Wilhelm Reichs ‚Sexuelle Revolution‘ noch einmal die Lebensgeschichte eines jeden durchleuchten und versuchen, ob wir mit Reichs Kategorien die aktuelle Situation verstehen und verändern könnten. Natürlich stand auch bei uns dahinter die abstrakte Utopie von der befreiten Sexualität, aber wir sahen uns damals überhaupt nicht in der Lage, für die Gruppe oder für den Einzelnen irgendwelche konkreten Verhaltensmaßregeln verbindlich aufzustellen. Zwang war für uns also nur das starke Bedürfnis, an den täglichen Sitzungen teilzunehmen, um die Veränderung der persönlichen Situation aktiv in Angriff nehmen zu können [...].“ (Kommune 2 1971: 44)

Zeittypisch scheint an diesem Bekenntnis der eigenen Unwissenheit der tollkühne Versuch, das professionelle psychoanalytische Setting umzumodeln und selbstorganisiert die Grenzen zwischen Analytiker_in und Analysand_in im kollektiven Wir aufzuheben. Durch die Praxis des Erinnerns und Aufarbeitens sollten Geständnisse und damit zugleich Emotionen in Gang gebracht werden, die quasi kathartisch eine Befreiung aus der eigenen beengten Persönlichkeitsstruktur zumindest momenthaft ermöglichen sollten. In der Mühl-Kommune wurde dies zum Beispiel zunehmend als Ritual praktiziert, bei dem die Erzeugung von starken Emotionen als Ausdruck einer authentischen Erfahrung und somit bereits als Befreiung propagiert wurde.

In der Kommune2 waren die Beziehungen von zwei Ehepaaren der Gruppe Gegenstand der Analyse. „Wir haben versucht, diese Verhältnisse daraufhin zu untersuchen, inwieweit in ihnen gegenseitige unbewußte Übertragungen stattgefunden hatten.“ (Kommune 2 1971: 45) Die Reflexion des Scheiterns

der Kommune² offenbart den Kontrast zwischen real gelebter Beziehung und einer unklaren Vorstellung über Prozess und Ziel der Befreiung.

Die Frage, wie es gelingen könnte, kollektiv zu leben, obwohl dies auf keinerlei gelebter Erfahrung aufbauen konnte, wurde 68 vorwiegend als therapeutische Befreiung oder Revolutionierung des bürgerlichen Individuums gedacht. In den 1970er und 1980er Jahren entwickelten sich stattdessen zunehmend Kommunikationsformen, die Konflikte und Entscheidungsprozesse in hierarchiearmen Gruppen gestalten und demokratisieren sollten.

In dieser Reflexion kommen jedoch auch Bewertungen zum Vorschein, die eine Konzentration auf die eigene Befindlichkeit als individualistisch in Frage stellen.

„Ganz allgemein fanden wir heraus, daß unsere Vorstellung über die Inneneinrichtung einer Wohnung immer noch bestimmt waren durch den Wunsch nach einer bürgerlichen Sicherheit. Diese soll durch die ästhetische Ausstattung eines Zimmers entstehen, mit der man sich eine nicht vorhandene Individualität vorgaukelt. Im Planen des ‚Schöner Wohnens‘ erschöpft sich die Möglichkeit des Bürgers, die Verhältnisse seiner Umwelt aktiv zu gestalten.“ (Kommune 2 1971: 51)

Typisch für Wohnkollektive im Jahr 1968, aber auch darüber hinaus, ist in dieser Einschätzung, dass Kollektivität und Gruppe gefördert, das Beharren auf Individualität hingegen zurückgedrängt werden sollte. Das lässt sich unter anderem an der Einrichtung riesiger Gemeinschaftsräume und kollektiver Groß-Bäder feststellen, die häufig winzigen und schlecht isolierten Privaträumen gegenüberstanden, wie sie vermutlich vielen noch aus Wohngemeinschaften der 1970er bis 1990er Jahre geläufig sind.

Kinderläden

Die selbstorganisierten Kinderläden der 1968er verstanden sich als feministische Antwort auf die Erfahrungen mit der zuvor beschriebenen politischen Szenerie im Umfeld von SDS und antiautoritärer Bewegung. Der Kinderladen als Bestandteil von Wohnutopien weist auf die feministische Diskussion über Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse hin, die im SDS nur so weit geführt wurde, insofern es um Lohnarbeit ging, aber nicht auf Arbeitsteilungen innerhalb von privaten Beziehungen, Familie und politischer Arbeit bezogen wurde. Kinderläden waren praktische Antworten auf damals kaum existierende Kindergärten und Horte, die Erwerbsarbeit, Studium und politische Arbeit für Frauen ermöglichen sollten. Andererseits wurden die bestehenden Kindergärten wegen repressiver, „sexualfeindlicher“ und autoritärer Erziehungsprinzipien abgelehnt.

„Die Gründung der ersten Kinderläden in Westberlin geschah auf Initiative des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen. Im Februar 1968 hatten die Frauen angefangen, darüber zu diskutieren, wie es möglich wäre, Zeit und Energie für politische Arbeit freizusetzen. Wie sah die Arbeit der APO zu diesem Zeitpunkt aus und warum konnten sich die Frauen, vor allem wenn sie Kinder hatten, nicht daran beteiligen?“ (O.A. 1970: 27)

Im SDS eskalierte diese Diskussion anlässlich der Rede von Helke Sander auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS am 13. September 1968, die als sogenannte Tomatenwurf-Rede bekannt wurde. Sander stellte dort das Konzept des Aktionsrates vor und forderte Veränderungen im SDS und die praktische Unterstützung des Aktionsrates ein. Im Zentrum der Kritik stand auch hier die traditionell bürgerliche Bewertung von Politischem und Privatem in ihrer Bedeutung für Geschlechterverhältnisse und Arbeitsteilungen, die auch im SDS reproduziert wurden, indem „[...] man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt. In dieser Tabuisierung unterscheidet sich der SDS in nichts von den Gewerkschaften und den bestehenden Parteien. Diese Tabuisierung hat zur Folge, dass das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, dass die Männer ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität noch nicht aufgeben müssen. Man gewährt zwar den Frauen Redefreiheit, untersucht aber nicht die Ursachen, warum sie sich so schlecht bewähren, warum sie passiv sind, warum sie zwar in der Lage sind, die Verbandspolitik mit zu vollziehen, aber nicht dazu in der Lage sind, sie auch zu bestimmen.“ (zitiert in: Andres 1988: 39f.)

Als das ausschließlich von Männern besetzte Gremium ohne eine Diskussion der Forderungen von Sander zu anderen Themen übergehen wollte, traf eine Tomate den SDS-Theoretiker Hans Jürgen Krahl. In der Folge organisierten sich zum größten Teil Frauen im Aktionsrat, aus dem die ersten Kinderläden in Frankfurt und Berlin entstanden.

Der Aktionsrat orientierte sich an antiautoritären pädagogischen und psychoanalytischen Prinzipien wie Alexander Neills Modell der freien Summerhill-Schule (Neill 1969) und Wilhelm Reichs Konzept der ‚Selbstregulierung‘ des Kindes (Reich 1971). Gleichzeitig wurden mangels bereits existierender aktueller pädagogischer Theorien und Praktiken historische Vorbilder aus anderen revolutionären Phasen wiederentdeckt und gemeinsam diskutiert, wie etwa die Erfahrungen der russischen Psychoanalytikerin Vera Schmidts, die Anfang der Sowjetzeit ein experimentelles Kinderheim in Moskau leitete (Schmidt 1924). Es galt als Modell antiautoritärer Erziehung, unter anderem, weil es einen akzeptierenden Umgang mit kindlicher Sexualität praktizierte.

Das Modell Kinderladen war langfristig sehr erfolgreich, was zu einer Professionalisierung beziehungsweise Institutionalisierung des Modells führte. Die anfängliche Praxis in der selbstorganisierten Doppelrolle als Elternteil und Erzieherin wurde als konfliktreich wahrgenommen. Zudem stellte sich heraus, dass mit dem Modell in unbezahlter selbstorganisierter Arbeit kaum Zeit für Studium, Beruf und politische Arbeit entstehen konnte, erst recht weil Kinderläden weiter hauptsächlich von Frauen organisiert wurden.

Jugendwohnprojekte statt Heime

Zur strukturellen Perspektive der 68er auf bürgerliche Wohnmodelle gehörte auch die Kritik an autoritärer Fürsorgeerziehung und Heim-Systemen als das Andere der bürgerlichen Familie. Mit der Einrichtung von Arbeitshäusern, psychiatrischen Kliniken, Kirchen, Schulen und Kinderheimen zu Beginn des

deutschen Kaiserreichs nach 1870 wurde die Etablierung von bürgerlichen Wohn- und Lebensformen in Ehe und Familie abgesichert. Diejenigen, die aus dem System der Familie ausgeschlossen wurden, galten als delinquent oder abweichend und wurden entmündigt, überwacht, betreut oder bestraft, beziehungsweise ‚umerzogen‘. Die Erfahrung des Nationalsozialismus hatte zudem verdeutlicht, wie völkische Biopolitik bis hin zur Vernichtung derjenigen verschärft wurde, die zuvor bereits separiert und überwacht worden waren, wie etwa sogenannte Asoziale und geistig eingeschränkte Menschen. Zu diesem Themenfeld wurde in der außerparlamentarischen Opposition (APO) ab 1965 die „Heimkampagne“ lanciert, um autoritäre Zustände in der damaligen Fürsorgeerziehung der BRD bekannt zu machen und zu überwinden.

Zunächst wurde diese Kampagne als Teil der sogenannten Randgruppenstrategie verstanden, die bei gesellschaftlich Benachteiligten ein sozialrevolutionäres Bewusstsein bewirken sollte. Ulrike Meinhof hatte in ihrer journalistischen Tätigkeit ein Buch mit dem Titel „Bambule“ vorgelegt. Der gleichnamige Dokumentarfilm zum selben Themenfeld wurde zwar 1969 noch fertiggestellt, aber nicht mehr im öffentlich rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt, weil Meinhof zwischenzeitlich im Untergrund bei der RAF aktiv geworden war.

Das große gesellschaftliche Interesse am Thema um 1968 dokumentierte sich in hohen Auflagen von Publikationen großer Verlage zum Thema, wie *Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus* (Ahlheim 1971) mit 50.000 Exemplaren, das Buch *Bambule – Fürsorge-Sorge für Wen?* von Ulrike Meinhof (1971) mit 70.000 Exemplaren oder *Fürsorgeerziehung, Heimterror und Gegenwehr* (Brosch 1971) mit einer Auflage von 50.000.

Das berühmteste Beispiel für jugendliche Selbstorganisation ist vermutlich das Rauch-Haus-Kollektiv. 1971 wurde das ehemalige Schwesternwohnheim des leerstehenden Krankenhauses Bethanien in Berlin Kreuzberg besetzt und erhielt kurz darauf einen (damals komplett kostenfreien) Nutzungsvertrag von der Stadt Berlin, der bis heute besteht. Seinen radikalen Schick erhielt das Projekt nicht zuletzt durch den Song „Das ist unser Haus“ der Band „Ton Steine Scherben“ und die Film-Dokumentation „Allein machen sie dich ein“. Das Georg-von-Rauch-Haus wurde zumindest offiziell vorwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus einem bildungsfernen proletarischen Milieu bewohnt. Arbeiten zu gehen galt als allgemeine Grundregel fürs Bleiben, weil an den Arbeitsstätten die entscheidenden politischen Kämpfe geführt werden sollten. Studenten waren hingegen unerwünscht.

Auch in anderen Zusammenhängen wurde über eine kollektive Belegung des Marinnenplatzes (wenn auch an anderer Stelle) in Form von Kommunenhäusern nachgedacht. Planungen dazu entstanden bereits im Sommersemester 1969 an der Architektur Fakultät der TU Berlin. Dort wurde im Rahmen von autonomen Seminaren das Prinzip Coop erprobt, das an die kollektive Entwurfspraxis des Bauhaus-Architekten Hannes Meyer anknüpfte (Gribat/Misselwitz/Görlich 2017: 157ff.).

Als typisch für 68 erweist sich am Beispiel der Heimkampagne, dass es nicht bei einer von der linksradikalen Szene getragenen gesellschaftlich marginalen ‚Randgruppenstrategie‘ blieb, sondern der Mainstream insgesamt verschoben wurde, weil sie von einer breiten Masse diverser gesellschaftlicher

Akteure, wie Architekturstudent_innen, Erzieher_innen und Jugendlichen rezipiert wurde, die auch in Aktionen Partei dafür ergriffen.

Langfristig war die Kampagne sehr erfolgreich als öffentliche Debatte und allmähliche Reformierung der westdeutschen Fürsorgeerziehung. Allmählich verschwanden Heim- und Fürsorgeerziehungsanstalten und die in den 1970ern entwickelten Alternativen wurden sukzessive zu Standards der Kinder- und Jugendhilfe. In den 1980er Jahren wurden Jugendwohnkollektive zu sozialpädagogischen Jugendwohngemeinschaften und Einzelwohnen weiterentwickelt.

Strukturelle Ziele dieser Transformation waren Differenzierung und Dezentralisierung von Einrichtungen, Reduzierung der Gruppengrößen, Ächtung repressiver Erziehungsmaßnahmen und die Qualifizierung des Personals. Was als Strategie zum Umsturz begonnen hatte, wurde langfristig zu einem neuen institutionalisierten Strukturmodell für Jugendliche, aber auch für ‚Behinderte‘, Obdachlose und andere gesellschaftliche ‚Außenseiter‘. Selbstorganisierte Projekte wie das Rauch-Haus blieben Ausnahmen oder Übergangsmodelle, vielleicht auch, weil sie hohe organisatorische und kommunikative Ansprüche an alle Beteiligten stellen. Von Menschen mit Assistenzbedarf wurde hingegen die Forderung nach einem selbstbestimmten Leben formuliert, die auch als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wurde, zum Beispiel im „Club 68 – Verein für Behinderte und ihre Freunde e. V. Hamburg“, 1968 gegründet. Das Prinzip der Selbstbestimmung wurde breiter erst im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre von Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eingefordert. Entsprechende Träger, die den Unterstützungsbedarf organisieren, wie ambulante Dienste, entstehen häufiger erst in den 1980er Jahren.

Fazit: Kollektivität und Selbstverwaltung

Um 1968 findet sich in Wohnutopien und darüber hinaus ein starkes Begehren nach einer Kollektivität, die die Grenzen traditioneller Beziehungsverhältnisse überschreiten sollte. Tradition und konventionelle Stabilität des Lebensalltags, wie sie aus der eigenen Erfahrung der elterlichen Kleinfamilie und der darin vorherrschenden autoritären Persönlichkeitsstrukturen und Geschlechterverhältnisse bekannt waren, wurden als beengend empfunden und sollten durch Experiment und Veränderung auf vielen Ebenen aufgebrochen werden. Es wurde eine Transformation der eigenen befangenen Subjektivität angestrebt, die in neuen strukturellen Wohn-Modellen befreit und erprobt werden sollte. Veränderung und Experiment wurden dabei in den vorgestellten Wohnutopien immer auch als räumlich exemplarische Modelle für Gesellschaft *und* Gemeinschaft verstanden, in der Öffentlichkeit gefeiert und Privatheit zurückgedrängt wird, um damit demokratisierte Beziehungsverhältnisse auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen.

In den vorgestellten Beispielen lässt sich die Tendenz feststellen, dass Selbstorganisation weitgehend Ausnahme oder Kennzeichen von Übergangsmodellen geblieben ist, die im besten Falle in eine Professionalisierung und Institutionalisierung von pädagogischen und erzieherischen Einrichtungen wie Jugendwohnen und Kinderläden mündeten. Im sozial-pädagogischen Bereich entstanden in den 1980er Jahren viele

kleinere Trägerschaften aus der Bewegung heraus, die mit Unterstützung von ‚Staatsknete‘ die Institutionenlandschaft modernisierten.

Andererseits erwiesen sich die fordistischen Wohnungsbaugesellschaften als extrem resistent gegenüber Elementen von Selbstverwaltung. Ausnahmen dazu finden sich nur in Genossenschaften, die aus der Hausbesetzerbewegung der 1980er hervorgegangen sind, wie die Luisenstädtische Genossenschaft, die Generalmietverträge und Hausvereine als Elemente von Selbstverwaltung akzeptiert.

Über diesen institutionellen Widerstand gegen Formen der Selbstverwaltung hinaus gibt es auch immanente Dynamiken, die Selbstorganisation als dauerhafte Struktur erschweren, weil sie tendenziell als unbezahlte Arbeit immer mit Zeit für Erwerbsarbeit und andere Engagements konfligiert. Eine Professionalisierung von Selbstverwaltung zu entwickeln, die im Sinne der Bewohnerschaft eine dauerhafte Struktur und Mitbestimmung über die Rahmenbedingungen miteinander verknüpft, scheint eine weiterhin aktuelle Herausforderung für Hausgruppen und Kollektive.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Wohnmodelle zeichnen sich im Vergleich zu funktionalistischen Wohnutopien der 1920er Jahre durch das Element der Demokratisierung in Selbstverwaltung aus.

Damit wird kollektives Leben in Kommunen, aber auch in kommunalen Wohnmodellen wie Steilshoop, zu einem Projekt, das mehr von der eigenen Überzeugung, unbezahltem Engagement und hohen kommunikativen Kompetenzen abhängt als dass es von strukturellen Bedingungen aufgefangen wird. Wohnen als permanentes Experiment, in dem die Balance zwischen Struktur und Veränderbarkeit gefunden werden muss? Eine Ambivalenz, die vermutlich nicht lange lebbar ist, die aber vielleicht für ein ganzes Leben bereichert und verändert.

Autor_innen

Felicita Reuschling ist als ‚freie‘ Kuratorin, Autorin und Herausgeberin tätig für thematische Kunstausstellungen, Film- und Veranstaltungsreihen. Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit feministischer Theorie und Kunst in Geschichte und Gegenwart.
felicitate@gmx.de

Literatur

- Ahlheim, Rose (1971): Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Anders, Ann (1988): Autonome Frauen: Schlüsseltexte der Frauenbewegung seit 1968. Frankfurt am Main: Athenäum.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Brosch, Peter (1971): Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr. Frankfurt am Main: Fischer.
- Debord, Guy (1959): Situationistische Position zum Verkehr. In: Situationistische Internationale (Hg.): Situationistische Internationale 1958-1969. Gesammelte Ausgaben des Organs der Situationistischen Internationale, Band 1. Hamburg: MaD, 111-112.
- Gribat, Nina / Misselwitz, Philipp / Görlich, Matthias (2017): Vergessene Schulen. Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968. Leipzig: Spector.

- Kommune 2 (1971): Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums. Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden! Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Meinhof, Ulrike (1971): Bambule. Fürsorge-Sorge für Wen?. Berlin: Wagenbach.
- Neill, Alexander (1969): Sutherland: Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung. Hamburg: Rowohlt.
- O.A. (1970): Berliner Kinderläden. Antiautoritäre Erziehung und sozialistischer Kampf. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Schmidt, Vera (1924): Psychoanalytische Erziehung in Sowjetrussland, Bericht über das Kinderheim-Laboratorium in Moskau 1921-1924. Leipzig: Internationaler Psychoanalytischer Verlag.
- Schrage, Dieter (1998): Situationistische Internationale 1957-1972: Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien, 20er Haus, 31. Jänner 1998-15. März 1998. Wien: Triton.
- Wilhelm Reich (1971): Die sexuelle Revolution. Zur charakterlichen Selbststeuerung des Menschen. Frankfurt/Main: Fischer.

